

**Podiumsgespräch zum Thema „Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen“
am Sonntag, 23.11.2014
mit Heike Hänsel, Margrit Paal, Monika Schäfer. Moderation: Irene Jung**

Irene Jung: Heute haben wir eingeladen zum Podiumsgespräch zum Thema „Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen“ und freuen uns sehr, folgende TeilnehmerInnen dabei zu haben:

Monika Schäfer: sie ist Journalistin und Regisseurin, arbeitet als Redakteurin beim Norddeutschen Rundfunk und als freie Autorin (ab S.1)

Margrit Paal: Sie ist Personalrätin und aktives Mitglied der Gewerkschaft Ver.di. (ab S.3)

Heike Hänsel: sie ist Mitglied des Bundestages und entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, und konnte auf Reisen nach Lateinamerika, auf den Balkan, in den Nahen Osten und Afrika viele und vielschichtige Einblicke in die Situation von Frauen in Entwicklungsländern gewinnen. (ab S. 8)

Willkommen und Herzlichen Dank für die Teilnahme an dieser Gesprächsrunde mit einem Thema, da uns seit langem am Herzen liegt.

Um gleich einzusteigen, an **Monika Schäfer** die Fragen:

Wie haben Sie beim Machen des Films die Situation dieser Putzfrauen aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg wahrgenommen? Was war das Ungewöhnliche an der Reaktion dieser Frauen auf ihre so hilflose Lage, nicht entlassen zu sein, aber auch nicht angestellt, da das Unternehmen zahlungsunfähig war, aber keinen Konkurs angemeldet hatte, und so die Frauen kein Geld vom Arbeitsamt beziehen konnten? Wie ging es dann weiter mit ihnen? Was haben Sie aus dem Film besonders mitgenommen? Und wenn Sie jetzt den Film über die Schleckerfrauen ein Jahrzehnt später gesehen haben, auch in einer Situation der völligen Hilflosigkeit nach ihrer Kündigung: was lief nun anders bei ihnen ab? Oder was sind Parallelen? Hat sich die Situation verschärft?

Monika Schäfer: Eines vorweg: als ich den Film „Aufstand der Putzfrauen“ gedreht habe, war ich freie Autorin beim NDR aber jetzt bin ich festangestellte Redakteurin.

Zu Ihren Fragen, erstmal was war das Ungewöhnliche an diesen Frauen? Wobei, wenn man jetzt den Schleckerfilm sieht, so ungewöhnlich war das gar nicht. Es gibt ja dann doch viele Frauen, die, wenn sie kein Geld mehr sehen, den Job verlieren... Also was ich bemerkenswert fand und finde ist, dass sie sich zusammengetan haben. Dass sie nicht allein und frustriert Zuhause in ihrem Kämmerlein saßen und irgendeine schlechte Fernsehsendung gesehen haben, sondern dass sie sich überlegt haben, wir lassen uns das nicht gefallen, wir suchen nach einer Lösung, wir tun uns zusammen, wir kämpfen. Und das kommt ja bei beiden Filmen sehr gut rüber. Wenn sich „meine“ Putzfrauen nicht zusammengetan hätten, dann hätte es diesen Film nicht gegeben und dann hätten sie auch nicht zu weit besseren Bedingungen einen Anschluss-Job gefunden. Also ich denke, was besonders ist und sich auf jeden Fall gelohnt hat und sich wahrscheinlich meistens lohnt, ist, wenn man sich zusammentut.

Irene Jung: Also gab es da diese Parallelen, dass sie sich eben zusammengetan haben? Obwohl das im Fall der Schleckerfrauen sicherlich noch mal schwieriger war, weil sie ja ganz vereinzelt gearbeitet haben. Also oft nur eine Person in einem Laden, was das sicher noch mal erschwert.

M.S.: Ja, es ist natürlich schwierig, diese Situation so zu vergleichen. Aber was natürlich ganz anders war: bei den Schleckerfrauen waren es über 35.000 Frauen, die da ihre Jobs verloren haben in ganz Deutschland. Das ging ja auch ganz groß durch die Medien. Und hier war es eine kleine mittelständische Firma, da war Verdi kein Thema, das wollte der Chef nicht. Und deshalb war man/frau nicht in der Gewerkschaft. Auch als sie noch gearbeitet haben, kam der Lohn immer zu spät und wehe, wenn man mal krank war, das gab es einfach nicht. Was besonders war bzw. besonders schwierig war, gerade bei diesen Reinigungsfrauen aus Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg: sie wohnen sehr ländlich. Und da wo sie wohnen gibt es keine Jobs. Sie mussten in den Ballungsräumen suchen, da mussten sie erstmal hinkommen, das war natürlich noch zusätzlich schwierig.

Irene: Wir haben ja auch gefragt, wie es bei ihnen weitergegangen ist? Jetzt haben Sie ja gesagt, dass dadurch, dass sie sich zusammengeschlossen haben und Aktivitäten entwickelt haben, sie größere Chancen für die Anschluss-Arbeit gehabt hätten.

M.S.: Also ich hätte in dem Film gerne ein Happy-End gehabt und hätte sie gern noch begleitet, in die Selbstständigkeit, in einen neuen Job. Wobei sich herausgestellt hat, die Selbstständigkeit war überhaupt keine Möglichkeit, wie ich auch beim Dreh schmerzvoll erfahren musste. Weil sie nicht kreditwürdig waren. Es gab auch keine Möglichkeit, eine Beihilfe zu bekommen.

Aber zu Ihrer Frage: durch die Ausstrahlung des Films ergab sich dann eine Möglichkeit, ergab sich ein Kontakt und heute putzt der Kern dieser Frauen zu weit besseren Bedingungen bei einer Hamburger Firma.

Irene: Das ist ja toll. Und auf der anderen Seite, was sie jetzt auch im Film gesehen haben bei den Schleckerfrauen, das wissen vielleicht einige von Ihnen, dass es auch in unserer Region eine ganze Bewegung gegeben hat von Schleckerfrauen die dann tatsächlich selbstständige Verkaufsstellen geschaffen haben. Deswegen, wenn Sie sagen, sich selbstständig zu machen, auch bei den Brandenburger bzw. Mecklenburg-Vorpommern Frauen ging es ja darum, dass sie sich gemeinschaftlich selbstständig machen wollten. Und heute gibt es in Baden-Württemberg tatsächlich acht von diesen Läden, wo Schleckerfrauen sich zusammengetan haben und jetzt sozusagen auf eigene Faust ein ähnliches Sortiment verkaufen wie eben zuvor bei Schlecker. Weil das ihr eigenes Projekt war, haben sie sich auch ganz kreativ neue Bereiche in diesem Sortiment und neue Aktionen überlegt. Es ist sicher erstaunlich, dass es jetzt nach einigen Jahren immerhin acht von diesen Läden gibt. Natürlich ganz wenig im Vergleich zu den 23000

Margrit Paal: ... es waren insgesamt fast 30.000 Frauen

Irene: Frau Schäfer, hätten Sie sonst noch etwas was Sie hinzufügen wollten in Bezug auf die Erfahrung mit dem Film?

M.S.: Für mich persönlich finde ich diese einfache Frauen sehr bemerkenswert, die man eigentlich als Putzfrauen nur in bückender Haltung wahrnimmt. Man traut ihnen vieles nicht zu. Das ist ja bei den Schleckerfrauen ähnlich gekommen, man traut es ihnen nicht zu, welche Kraft sie haben, wie stark sie sind, wenn sie sich zusammentun. Und wie sehr viele Menschen andere Menschen mit einfacheren Tätigkeiten nur als bloße Dienstleister wahrnehmen, obwohl sie Menschen sind. Ich muss auch sagen, ich bin immer ganz gereizt wenn jemand unfreundlich ist zum Paketboten oder Reinigungskraft oder zur Kassiererin oder zu den Menschen denen wir immer wieder in unserem Alltag begegnen.

Irene: Man muss auch sagen dass es erstaunlich ist, als die Schleckerfrauen oder auch die Reinigungsfrauen versucht haben, sich selbstständig zu machen, dass sie große Schwierigkeiten hatten, einen Kredit zu bekommen. Natürlich ist es für große Firmen überhaupt nicht schwierig, einen Kredit zu bekommen. Auch wenn klar ist, dass sie gar nicht mehr kreditwürdig wären oder kurz vor dem Konkurs stehen. Wir haben heute hier einen Gast aus Äthiopien, die in Äthiopien eine Bank gegründet hat wo besonders auch Frauen Kredite bekommen ohne eine besondere Garantie vorzuweisen. Also es sind in Entwicklungsländern Dinge möglich, die bei uns anscheinend so schwierig sind, dass da Dinge gar nicht zustande kommen.

M.S.: Je mehr man bei uns von Ämtern braucht, desto mehr muss man ExpertIn im Formularausfüllen sein und sehr viele Qualifikationen fürs Papier bringen können. Man muss den Äthiopierinnen sehr wünschen, dass es da einfacher ist.

Irene: Wir lernen immer wieder gern, auch von armen Ländern.

Ich wollte jetzt Margrit Paal Fragen stellen.

Margrit Paal, wie stellt sich das denn in unserem Tübingen dar, wo der größte Arbeitgeber die Universität samt Kliniken ist: wie ist hier die Situation von hauptsächlich Frauen in Niedriglohnbereichen? Und welche Rolle spielt dabei das Outsourcing, Leiharbeit, die Ausschreibungen die den billigsten Anbietern den Zuschlag geben, mit entsprechenden Folgen für die Löhne der ArbeiterInnen? Und welche Forderungen stellen die beteiligten Gewerkschaften? Und natürlich besonders interessant: Welche Beispiele gibt es von anderen Ländern, wo die Problematik (z.B. im Pflegebereich) besser gelöst wurde? (Bettenschieber, Putzkräfte)

M.P.: Das sind viele Fragen, danke. Ich wollte ganz kurz sagen, was ein Niedriglohn ist. Der Niedriglohn ist ein Lohn von einer Person die Vollzeit beschäftigt ist und quasi etwas mehr verdient als die Armutsgrenze – oder manchmal liegen sie sogar darunter. Das heißt, man arbeitet Vollzeit kann aber davon seine Existenz nicht sichern. Die Armutsgrenze in Deutschland ist aktuell bei 979 Euro für eine einzelne Person. Es gibt natürlich auch in Tübingen viele Frauen, die im Niedriglohnsektor arbeiten. Ob im Einzelhandel oder in der Altenpflege. Speziell für die Universität und das Klinikum ist der Reinigungsbereich ein ziemlich großer Teil. Es ist so dass es bei den Reinigungskräften, die es an den Universitäten gibt, zum Teil auch noch Tarifbeschäftigte gibt, die auch nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes entlohnt werden.

Und dann gibt es noch diese privatisierten Bereiche. Also die Vergabe an externe Unternehmen. Selbst die Reinigungskräfte, die noch unter den Tarifbedingungen des

öffentlichen Dienstes arbeiten, sagen, dass sie eigentlich zu wenig verdienen um ihre Existenz zu sichern. Obwohl der Lohn im Vergleich zum Privatgewerbe relativ hoch ist: 13,50€ ist der Mittellohn pro Stunde. Der Tariflohn für das Baugewerbe, der auch für diese gewerblichen Unternehmen gilt, liegt bei 9,31€. Es ist so, dass es in beiden Betrieben private Dienstleistungen gibt, also im Klinikum und an der Uni. Am Klinikum ist es so, dass es auf einen Schlag gemacht wurde, da wurde vor einigen Jahren eine klinikumseigene Tochtergesellschaft gegründet. Das Klinikum ist zu 51% Anteilseigner und da wurden bestimmte Dienstleistungen ausgelagert, das betrifft das Catering, das heißt die Leute, die in der Kantine arbeiten, den Reinigungsbereich, die Logistik. Und Logistik heißt LKW-Fahrer aber auch die sogenannten Blutläufer und Bettenschieber.

Beide sind mehr oder weniger öffentlich-rechtliche Anstalten, auch das Klinikum ist nur teilprivatisiert, es gehört quasi immer noch dem Staat. Und da ist es einfach so, dass durch diese Sparvorgaben, auch durch die Schuldenbremse und den große Druck auf die Haushalte, das Personal im Prinzip fast das Einzige ist, wo wirklich effektiv gespart werden kann. Das passiert dadurch dass man sagt, okay, wir haben jetzt kein Geld mehr, dann wird das eben ausgeschrieben und eine Firma von außen macht das in der Regel günstiger. Der Vollständigkeit halber wollte ich eigentlich erwähnen, dass wir hier in Tübingen einen relativ hohen Lebensstandard haben. Es gibt viele Leute die überdurchschnittlich verdienen, allein schon durch das akademische Umfeld. Dadurch gibt es natürlich einen Großteil von Frauen, die im Reinigungsbereich im Haushalt arbeiten, also die haushaltsnahen Dienstleistungen, die werden gerne vergessen. Die gibt es hier auch in einer hohen Anzahl, ich weiß nicht wie viele, weil die Zahlen natürlich nicht vorliegen.

Wie geht es eigentlich den Frauen? Also es geht den Frauen in beiden Bereichen, also den Frauen, die im öffentlichen Dienst arbeiten aber auch denen in der Privatwirtschaft, so, dass eigentlich alle sagen, dass es nicht als Zuverdienst anzusehen ist, was sie machen, es muss wirklich ein existenzsichernder Lohn sein. Das war vielleicht früher mal so, dass die Frau putzen gegangen ist, um sich noch ein Zubrot zu verdienen, aber heutzutage ist es die Familiernahrung. Viele, also allgemein gesagt für beide Arbeitsverhältnisse, kriegen schon relativ jung gesundheitliche Beschwerden, egal ob es der Rücken, die Bandscheibe ist oder manchmal auch Allergien wegen den Putzmitteln. Trotz relativ vielen Hilfsmitteln die es da gibt, also den Wägen, die sie hin und herschieben können, ist es einfach nach wie vor eine Tätigkeit, die auf den Körper geht und die nicht angemessen bezahlt wird, wenn man sieht wie sich die Frauen da kaputt machen.

Sie hatten noch wegen des Privatisierungsdrucks gefragt: da wird halt geguckt, „Okay wir müssen Geld sparen“. Also in der Regel ist es am einfachsten, die einfachen Tätigkeiten zu vergeben, zum Beispiel auch die Postfahrten. Dann wird geguckt, was nehmen wir da für ein Gebäude, da wird vorher eine Ausschreibung gemacht und ein Vertrag niedergezählt, und die Reinigungsleistung festgelegt, dann wird ausgeschrieben und dann bewerben sich die Unternehmen. Und es wird meist das wirtschaftlichste Angebot genommen. Also nicht immer das billigste, es wird schon auch geguckt, dass das Angebot plausibel ist. Da fallen dann vielleicht schon mal ein paar Anbieter weg, aber dann wird von dem Rest, der übrig bleibt, schon das günstigste genommen.

I.J.: Da habe ich eine kurze Zwischenfrage: Bei einer Ausschreibung könnte man ja auch bestimmte Standards als Teil der Ausschreibung machen, dass sich eben nur unter diesen und diesen Bedingungen Leute bewerben können, wenn sie die und die Standards einhalten.

M.P.: Ja es gibt vor allem einen Standard, der abgefragt wird, das ist die Tariftreue. Aber ein Problem ist, dass sie nicht kontrolliert wird. Die Unternehmen zahlen schon nach Tarif, aber dann machen die Frauen unbezahlte Überstunden und dann ist es auch schon wieder kein Tarif mehr. Und das Problem an dieser, meiner Meinung nach nur auf dem Papier stehenden Unterschrift, ist, dass es eigentlich nicht kontrolliert wird.

I.J.: Wäre das zu ändern?

M.P.: Es gab in Berlin so eine Prüfungsanstalt, die war länderbezogen und die war paritätisch kontrolliert, die haben das kontrolliert, aber die wurde glaube ich auch eingestellt – aus Kostengründen.

Ich könnte noch genauer auf diese Privatunternehmen eingehen. Sie sind günstiger, zumindest mal was die Berechnungen angehen, aber sie sind es eigentlich nur dadurch, dass die Leistung extrem verdichtet wird. Und wenn man die Zahlen mal anguckt, ich kann jetzt nur auf die Universität verweisen, aber da gibt es bestimmte Richtlinien, zum Beispiel bei Fluren. Dass 200m² in der Stunde geputzt werden müssen. Ich habe dann gesehen, dass die privaten Unternehmen 400m² die Stunde putzen. Und das heißt einfach, dass die nur noch am Hetzen sind und das auch nicht schaffen. Das merkt man auch an der Qualität, die müssen blitzschnell entscheiden, was lassen sie liegen und was putzen sie, dass es nicht auffällt. Und die Gebäude verlottern auch, muss man sagen.

Dann ist es so, dass diese Ausschreibeverfahren alle zwei Jahre gemacht werden. Die Unternehmen müssen immer damit rechnen, dass sie den Auftrag dann nicht mehr kriegen. Das heißt, dass die Arbeitsverhältnisse extrem flexibilisiert sind. Die stellen oft nur befristet ein, es sind nur, das sind jetzt bundesweite Zahlen, 20% klassischerweise in Vollzeit angestellt, die anderen sind Mini und Midijobs und da ist eine Kündigung auch sehr viel einfacher. Ich hab es in einem Fall erlebt, das hat mich richtig entsetzt, da hatten sich sogar Beschäftigte beschwert. Da war eine Reinigungskraft krank und wenn die gefehlt hat, dann kamen die Kinder zum Putzen. Und das fand ich schon richtig erschreckend, weil wir ein reiches Land sind und normalerweise müsste die Frau einfach Lohnfortzahlung bekommen. Aber aus der Angst heraus gekündigt zu werden, fehlt sie dann offiziell nicht.

M.S.: Was ist dann passiert, als es rausgekommen ist?

M.P.: Ja im Prinzip können wir ja fast nichts machen. Es ist ja auch so, dass die Leute einfach so Angst haben ihren Job zu verlieren, dass es nicht einfach ist, da etwas zu tun.

Ich kann noch was zu den Frauen sagen. Zumindest die in den privaten Unternehmen, die ich jetzt mitbekommen hab. Das ist ein hoher Anteil an Frauen mit Migrationshintergrund, sie haben Sprachprobleme und verstehen vieles nicht, es ist zum Teil so, dass sie nicht wissen, mit was sie eigentlich putzen, sie kennen nicht die Inhaltsstoffe, manchmal haben sie auch keine Handschuhe. Es gibt da viele Punkte, die nicht optimal sind. Dann arbeiten sie auch immer außerhalb der Kernarbeitszeiten, das ist auch so ein bisschen das Problem, weil sie gesichtslos sind.

Wir, die vielleicht normal um 9 Uhr kommen, wir sehen die gar nicht, die haben schon geputzt und sind dann schon wieder weg. Und wir sehen im Prinzip nicht den Säuberungsprozess und letztendlich auch nicht die ausführende Person, so dass es ein bisschen gesichtslos wird. Was mir einige gesagt haben ist, dass sie durch diese extreme Verdichtung für viele Objekte am Tag zuständig sind. Das heißt, sie hecheln da von Haus zu Haus, haben da auch nicht so eine Verbundenheit und das ist natürlich für die Leute, die unter denen Bedingungen arbeiten sehr stressig und gesundheitsbelastend.

Infolge dieses Kostendrucks haben sich einfach diese Leistungsvorgaben so verengt und erhöht; es geht eigentlich immer einher mit dem Verlust von Qualität, von der Sauberkeit. Ich denke, das wird zum Teil auch schon in der Presse kritisiert, dass die öffentlichen Gebäude nicht mehr dem Standard von einem sauberen Gebäude entsprechen. Die beteiligten Gewerkschaften stellen schon auch Forderungen, im Reinigungsbereich ist es ja die IG Bau, die da diesen Tarifvertrag abgeschlossen hat für die Unterhaltsreinigung.

Sie sagen natürlich gleicher Lohn für die gleiche Arbeit, aber das ist schwierig, wenn man Tarifverträge hat und der Reinigungsbereich ist sehr schlecht organisiert, ich glaube er liegt bei 10-15% bei den Privatunternehmen und da kriegt man es einfach nicht hin, gute Tarifverträge abzuschließen. Ich denke, die DGB Gewerkschaft sagt insgesamt, die gute Arbeit muss gewährleistet sein, das heißt es muss eine geringe negative Belastung geben und die Arbeitsintensität muss gesenkt werden, es muss natürlich eine angemessene Bezahlung geben und eine hohe berufliche Sicherheit. Und dass es eigentlich keine unbezahlte Arbeit gibt, außerhalb der Arbeitszeit.

Und verdi sagt, ich bin ja bei Verdi: es darf keine Privatisierung im öffentlichen Dienst geben. Das ist auch eine ganz wichtige Forderung. Eine Forderung, die vielleicht so ein bisschen nebenher läuft, ist dass es diskriminierungsfreie Tarifverträge gibt. Denn wenn man den Tarifvertrag der Gebäudereinigung anguckt, ist es so, dass die Unterhaltsreinigung, die klassischerweise weiblich dominiert ist, mit 9,31€ die Stunde bezahlt wird. Und wenn man dann guckt, die Außenreinigung, beispielsweise die Verkehrsschilder und so weiter, sind es 12€, das ist aber ein klassischer Männerberuf. Mir als Gewerkschafterin ist jetzt klar, warum das jetzt unterschiedlich bewertet wird.

Und ich denke eine wichtige Forderung ist auch, dass es eine Rücknahme dieser Flexibilisierung gibt, es dürfen nicht mehr so viele sozialversicherungsfreie Beschäftigungsverhältnisse existieren. Ich finde es auch ein Problem, dass einfach die Vollzeit-Arbeitsplätze abgeschafft werden und dafür Teilzeit-Arbeitsplätze geschaffen werden oder auch Mini- und Midijobs. Und dass einige harte Regeln der Agenda 2010 endlich abgeschafft werden sollten, es ist zum Beispiel auch Hartz 4, das einen extremen Druck auf die Beschäftigungsverhältnisse insgesamt ausübt, dass man nämlich jede zumutbare Arbeit annehmen muss zu jedem Preis. Das muss dringend reformiert oder eigentlich abgeschafft werden.

Und Sie hatten noch nach guten Beispielen aus anderen Ländern gefragt, das ist gar nicht so einfach zu sagen, es gibt ja dann immer die skandinavischen Länder, die so hoch gehalten wird, und ein Beispiel ist innerhalb Europas auch die Schweiz. Ich glaube es geht einfach nur durch höhere Löhne, und wenn man in diesen Ländern guckt, selbst wenn die

Lebenserhaltungskosten hoch sind oder höher, ist der Abstand immer noch geringer, man verdient dort einfach auch insgesamt mehr.

Natürlich müssen wir auch darüber reden, ob diese staatlichen Aufgaben wieder ausfinanziert werden und dazu gehört meiner Meinung nach auch die Reinigungskraft. Es kann nicht sein, dass es nur noch auf Kernbereiche und Spezialisierungen ausgelegt ist und der Rest dann in der Privatwirtschaft erledigt wird. Nein, auch die Reinigungskraft gehört zu einer Universität oder zu einem Klinikum.

Der Wert der Arbeit muss eigentlich insgesamt neu definiert werden. Ich finde der Lohnabstand ist auch einfach so hoch. Wenn man am Klinikum schaut, das habe ich in der Vorbereitung noch einmal getan, da gab es vor einigen Jahren eine Rechnungshofuntersuchung die als Befund herausgefunden hatte, dass die Ärzte zu viel verdienen. Also es geht um Chefarztgehälter von 800 000€. Und da sind die Gutachten, die sie privat schreiben, noch nicht dabei. Ich will damit nicht eine Neiddebatte aufmachen, vielleicht ist der Arzt auch den Lohn wert, aber es kann nicht sein, dass dann die Reinigungskraft für 1200€ brutto arbeitet und davon nicht leben kann. Und gleichzeitig dann noch aufstocken muss, also zahlen müssen wir so oder so. Ob sie es jetzt quasi als Lohn kriegt oder aufstockend als Hartz 4, ist im Prinzip egal.

Und ich finde es eigentlich für die Privatwirtschaft schon problematisch, weil das auch eine Quersubventionierung von Löhnen ist und man braucht nicht so zu tun, als ob der Markt alles regelt. D.h., bei der freien Marktwirtschaft haben wir ein Prinzip, womit wir dann doch staatliche Planwirtschaft betreiben.

Also ich glaube die gesellschaftlichen Aufgaben müssen einfach finanziert werden und der Wert der Arbeit muss neu definiert werden. Wenn man das jetzt am Beispiel der Gebäudereinigung das zusammenfassen will: ein sauberes Objekt kriegt man nicht nur, indem die Flure gewischt werden, sondern da muss auch der Lohn der Reinigungskraft stimmen.

I.J.: Die Frage ist wie kriegen das nur diese Länder hin, die es dann eben schaffen, genau solche Löhne zu zahlen? Wie machen die das? Und was stecken da für Werte der Gesamtgesellschaft dahinter? In unserem Fall, wie es bei uns funktioniert und dann zum Beispiel in den skandinavischen Ländern? Wie werden da die Werte der Arbeit eingeschätzt oder was ist da für ein Anspruch an die Verantwortung von einem Staat für bestimmte Bereiche der Gesellschaft?

M.P.: Ich denke eben, das ist ein anderes Selbstverständnis. Obwohl ich glaube, das muss auch ein bisschen differenzierter betrachtet werden. Ich denke auch in Skandinavien gibt es inzwischen gegenteilige Bewegungen und ich glaube das Glück da ist, dass in Skandinavien vielleicht noch viele Menschen möglicherweise nicht bereit sind, für niedrige Löhne zu arbeiten und deswegen gibt es da in dem Bereich auch einen Fachkräftemangel und auch Arbeitsmigration für relativ einfache Aufgaben. Ich kenne zum Beispiel aus Tübingen jemanden, der als Busfahrer dahin gegangen ist, weil er da fast das Doppelte verdient. Das heißt der Standard ist noch relativ hoch bei den Einheimischen und deswegen müssen sie es sich eigentlich leisten, hohe Löhne zu zahlen und das ist hier halt, ich finde vor allem auch durch Hartz 4, anders geworden.

I.J.: Das heißt zugleich aber auch, dass eben in Skandinavien zum Beispiel der Staat davon ausgeht, er muss einfach diesen Bereich, den Pflegebereich einschließlich Reinigungskräfte, finanzieren. Und nicht den Anspruch stellt, jede einzelne Institution muss einfach gucken wie sie sich in einem ganzen Markt positioniert und dann eben Gewinne schafft, oder wenigstens keine roten Zahlen schreibt, je nachdem wie sie vom Staat subventioniert werden. So wie auch dieses andere Modell davon ausgeht, dass es ein Selbstverständnis gibt, der Staat hat bestimmte Kern-Aufgaben und die können nicht einfach auf den Markt geschmissen werden.

M.P.: Ganz genau, da brauch ich schon fast nichts mehr hinzuzufügen. Mir ist nicht klar, warum es immer billiger ist, zu privatisieren. Ich denke an bestimmten Punkten ist es so, dass irgendwie Personal gespart wird, das heißt die Personalausgaben gehen runter. Ob die Kosten in anderen Bereichen wieder höher gehen, kontrolliert niemand.

I.J.: Ich meine wenn Gewinne gemacht werden, werden Gewinne gemacht, das muss ja irgendwo herkommen.

Ja ich würde gerne weitergeben an **Heike Hänsel:** von Tübingen geht der Blick in die Welt. Die Frage ist hierbei, wie haben sich in den Billiglohnländern die Bedingungen verändert? Wenn wir daran denken, in Bangladesch, das uns jetzt nicht zum ersten Mal mit der Horrornachricht erschreckt, dass wieder Hunderte von ArbeiterInnen in Fabriken verbrannt sind. Da ist jetzt die Frage, wie hängen in der globalisierten Weltwirtschaft die Entwicklungen der Arbeits- und Lohnbedingungen im Niedriglohnsegment in Industrie- und Entwicklungsländern zusammen? Was hat die internationale Handelspolitik damit zu tun? Aber auch: was haben wir damit zu tun? Was können wir tun als ArbeiterInnen, BürgerInnen oder KonsumentInnen?

H.H.: Das ist eine Frage. Da könnte ich jetzt zwei Stunden darüber reden. Vielen Dank auch erst mal an alle. Ich beginne jetzt gar nicht direkt mit Textilarbeiterinnen die uns in der letzten Zeit sehr bewegt haben mit den großen Schicksalen, den vielen Toten, die wir da erlebt haben.

Ich bin jetzt ganz aktuell vor ein paar Tagen aus Mexiko zurückgekommen. Da gab es ein internationales Tribunal der Völker, so nennt sich das, und da gab es eine Bewertung zu den Erfahrungen von 20 Jahre Freihandelsabkommen in Mexiko. NAFTA, das erste großes Freihandelsabkommen abgeschlossen mit Kanada und USA. Und das war sehr interessant, da gab es zuvor schon ein extra Frauentribunal für die Auswirkungen ganz gezielt auf die Frauen, die Arbeitssituation, aber natürlich auch eng damit verbunden mit Mexiko.

Davon ausgehend auch mit Gewaltsituationen, die Gewalt mit der die Frauen konfrontiert sind. Da sind sicher einigen von Ihnen die Entwicklung der Maquilas, der verlängerten Werkbänke, bekannt geworden, die zu Tausenden entstanden sind an der Grenze zu den USA. Das ist eigentlich auch eines der krassesten Beispiele dieser Form von Freihandel, die entwickelt wurde. Immer mit dem Ziel zu sagen, wir heben den Lebensstandard in Mexiko und wir können damit auch die Migration eindämmen, aus Mexiko in die USA beispielsweise.

Eigentlich ist was ganz anderes passiert, es sind bis zu 600 000 fast ausschließlich Frauen in diesen Maquilas beschäftigt gewesen – das ist jetzt zwar wieder etwas zurückgegangen weil sie sich auch selbst organisiert haben – aber mit einer wahnsinnigen Arbeitsmigration in Mexiko. Diese Wege waren aber oft auch verbunden mit sehr viel Isolation, mit Gewalt, mit

der, aufgrund der extremen Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Orten, wo die Maquilas angesiedelt sind, die Frauen konfrontiert waren, oft auch schutzlos ausgesetzt und eigentlich insgesamt die Armutsquote noch erhöht haben.

Heute sagen offizielle Zahlen, sind es 50% oder 42%, aber man geht in Mexiko eigentlich von 60-65% der Armutsquote aus. Die Frauen prangern ganz stark auch diese Politik an, sie sagen „Das hat unsere Familien zerstört.“ Es war eine weibliche Arbeitsmigration und sie hat zusätzlich noch ArbeitsmigrantInnen aus Zentralamerika, Guatemala, Salvador, Honduras angezogen. Viele weibliche Migrantinnen, aber nicht nur, auch viele junge Männer, die wollen in die USA, die zum Teil in Mexiko verschwinden, umgebracht werden, als Arbeitssklavinnen eingesetzt werden und als Sexsklavinnen und so weiter. Also wirklich eine auf diesen veränderten Handelsstrukturen aufgesetzte Gewaltstruktur, die auch diese organisierte Kriminalität wahnsinnig verstärkt hat. Das erleben wir ganz aktuell an diesem Fall der 43 verschwundenen Studierenden, die ja eigentlich nur die Spitze des Eisbergs sind.

Offizielle Zahlen gehen von 20 000 Verschwundenen aus, inoffizielle Zahlen gehen auf das Dreifache bis zu 70 000 Verschwundene. Es sind sehr viele Migrantinnen und Migranten darunter und man geht auch von mehr als 50 000 Toten in den letzten acht Jahren seit 2006 aus, seit Felipe Calderón an der Regierung war. Und das zeigt, dass wir eine wahnsinnige Verschärfung von Arbeitssituationen bekommen haben und vielleicht im Weltmaßstab gesehen, kann man schon sagen, dass diese ganze Form der neoliberalen Globalisierung verbunden mit dieser Freihandelspolitik, als Transmissionsriemen sehen: man macht jetzt viele bilaterale Freihandelsabkommen, die die Situation insgesamt nicht verbessert haben.

Informelle Beschäftigung gab es im globalen Süden schon immer muss man sagen, da war das staatliche Angebot an Arbeit schon immer sehr gering und auch an geregelter Arbeit. Der informelle Sektor war schon immer teilweise 60-70-80%, das hat sich aber leider so gehalten. Die Zahlen von der ILO sind, dass fast 2/3 der ökonomisch aktiven weiblichen Bevölkerung nach wie vor in der informellen Wirtschaft arbeitet. Und das obwohl argumentiert wird mit dieser Form der Globalisierung, der Arbeitsteilung, die ja die niedrigen Lohnkosten und andere Kosten als Vorteil darstellt um Arbeitsplätze zu schaffen. Dass direkt vom informellen Sektor, der prekär ist, in andere offiziell formelle prekäre Beschäftigung gewechselt wird.

Und da gibt es diesen Begriff der Feminisierung von Beschäftigung. Das ist aber kein positiver Begriff, sondern er zeigt nur, dass viele geregelte Arbeitsplätze, die vor allem männlich dominiert und sozialversicherungspflichtig waren, Industriearbeitsplätze, zunehmend erodiert sind im Rahmen dieser Freihandelspolitik. In den USA zum Beispiel ist die Folge von NAFTA der Verlust von einer Million Industriearbeitsplätze, die vernichtet wurden, die sich dann ansiedeln entweder in Prekarisierung in den USA oder in Mexiko. Und wir erleben hier im Weltmaßstab eine Feminisierung, die aber die Arbeitsverhältnisse insgesamt prekarisiert.

Zum einen von Männern und dadurch kommen Frauen zwar zunehmend an Arbeit, weil sie auch in die Position kommen, arbeiten zu müssen und die Familie mitzuernähren, aber eben nur durchweg in prekäre Arbeitsverhältnissen. Man geht insgesamt von 1,4 Milliarden Menschen aus, bzw. Haushalten aus, die weniger als 2\$ am Tag zur Verfügung haben. Das sind die großen Zahlen und das obwohl ja eigentlich schon mehr Arbeitsplätze entstanden

sind insgesamt im Rahmen der Globalisierung. Das heißt aber nicht, dass die Armut massiv bekämpft wurde sondern aufgrund der Wirtschaftskrise die Armut nochmal angestiegen ist und nach wie vor auch weiblich ist.

Und die Maquilas, die es in Mexiko gibt, die gibt es vielen anderen Ländern auch, entweder in Sonderwirtschaftszonen, Freihandelszonen, unterschiedlich ausgestaltet, wo man den Unternehmen quasi Sonderbedingungen schafft, dass sie ohne Zölle importieren und exportieren können und auch so gut wie keine Steuern zahlen. Da gibt es Zahlen, dass es ungefähr 27 Millionen Menschen sind, die in solchen Wirtschaftszonen arbeiten und zu 90% weiblich.

Die großen Bereiche, das ist natürlich der Textilbereich, aber auch die Elektronikindustrie, zum Beispiel die Spielzeugindustrie. Wir haben zunehmend in Mexiko, auch aus Baden-Württemberg, die Autozuliefererbetriebe, die sich ganz viel in Mexiko ansiedeln, aber auch die Luft- und Raumfahrtindustrie, die da zunehmend speziell montieren lässt und so weiter, und für die macht es wirklich Sinn, diese ganzen Produktionen auszulagern. Diese Auslagerung der Produktion ist natürlich - auch wenn viele Unternehmen sagen, ja wir schaffen da Arbeitsplätze - die Grundlage, dass die Arbeit dort viel billiger ist und dass sie zu viel einfacheren sozialen, ökologischen Standards zu haben sind. Das ist das große Problem.

Und dass hier Arbeitnehmerinnen weltweit und Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Wenn man sich das Klinikum hier anschaut, wir haben hier auch zunehmend mehr Frauen aus den Philippinen oder Italien, die angefragt werden, um hier Pflegekräfte zu werden. Warum? Weil sie natürlich diese Arbeitsbedingungen hier dann eher akzeptieren als Frauen oder Pflegekräfte von hier, die sagen: das ist ja Wahnsinn, ich kriege fast kein Geld und hab eine wahnsinnige Arbeitsverdichtung und so weiter.

Zu den Textilarbeiterinnen: also ich selbst war bisher noch nicht in Südostasien weil es nicht so mein Kontinent ist. Wir sind nur zwei Personen im Entwicklungsausschuss, da müssen wir uns die Welt etwas aufteilen, so gut es eben geht. Aber nach wie vor hat sich insgesamt nicht so viel getan, es gibt in Kambodscha etliche Arbeitskämpfe von Frauen, die auch teilweise höhere Stundenlöhne erreichen oder erkämpfen können. In Bangladesch ist das nach wie vor schwierig, aber auch da gab es nach den großen Katastrophen, also grade nach Rana Plaza mit fast 1200 Toten, Gespräche und verschiedene Initiativen, die hier von der Regierung gestartet wurden, Gesprächskreise mit der Textilindustrie.

Leider ist dann eine weitergehende Initiative eines Siegels und doch verbindlicherer Übereinkommen, gescheitert und das halte ich auch für das große Problem, dass wir da meines Erachtens überhaupt nicht mehr mit Freiwilligkeit der Unternehmen arbeiten können, sondern wirklich rechtlich auch die Strukturen verändern müssen. Da kann ich dann gleich noch mehr dazu sagen.

Aber dann auch das Problem, in Bangladesch sind es nach wie vor um die 3,5 Millionen Textilarbeiterinnen, die zu Löhnen zwischen 18-35€ im Monat arbeiten. Also 18€ für Ungelernte, 35€ für „Fachkräfte“. Auch da wurden die Rahmenbedingungen etwas verbessert, aber dafür dann auf der anderen Seite die Arbeitsverdichtung verstärkt. Da wird der Lohn dann ein bisschen angehoben, dafür werden aber die Produktionen hochgefahren.

Das bleibt unterm Strich meistens gleich, es hat sich nichts fundamental geändert, trotz internationaler Diskussion.

Bisher haben nicht einmal alle dieser auch deutschen Firmen die Auftraggeber sind, in den Entschädigungsfonds für Rana Plaza eingezahlt oder ebensowenig für eine andere Firma mit mehr als 200 Toten in Pakistan. Da wird dann zwar ein bisschen was getan, aber insgesamt haben wir nach wie vor prekäre Arbeitsverhältnisse.

Ich möchte noch erwähnen, der zweite Punkt, der ja im Rahmen der Globalisierung, oder auch schon in den 90er Jahren der Strukturanpassungsmaßnahmen für die Länder des Südens von IWF und der Weltbank durchgesetzt wurde, ist, dass man sowieso auf einen schlanken Staat setzt, der nur ganz minimale Aufgaben übernehmen soll, der den öffentlichen Sektor runterkürzt.

Es ist sind immer dieselben Sozialabbauprogramme gewesen, „schmaler, schlanker Staat“, den öffentlichen Sektor runterkürzen. All die Bereiche, die zusätzlich Prekarisierung hervorrufen, weil da nicht nur der Arbeitsplatz prekär ist, sondern auch die Arbeit überhaupt im informellen Sektor, und auch der Zugang zu Bildung, zu Gesundheit oder auch die Fürsorgearbeit, Reproduktionsarbeit. Alles ist im Grunde den Frauen erst einmal aufgebürdet, da gibt es kaum ein staatliches System, zum Beispiel dass dann Kitas kostenlos wären und Gesundheit kostenlos! Denn dann könnte ich sagen, okay da hab ich ein Umfeld und ich komm auf höhere Löhne irgendwann, wenn die Produktivität auch steigt.

Aber so kommt im Grunde alles zusammen und das ist ein Wahnsinn gerade auch in erster Linie für die Frauen, weil sie nach wie vor nicht entlastet sind von der Reproduktionsarbeit oder Sorgearbeit. Das kommt ja alles noch dazu und ist eben meistens privatisiert in vielen Ländern.

Die Auseinandersetzung führen wir jetzt auch ganz aktuell beim Freihandelsabkommen, weil diese eigentlich implizieren, dass sie diese bisher geschützten Bereiche, nämlich öffentlicher Sektor, Beschaffung, also wie ich ausschreibe, Daseinsvorsorge, dass das eben alles geöffnet werden soll für private Anbieter. Dann bekomme ich eine Entwicklung, die ich irgendwann gar nicht mehr stoppen kann.

Das geht dann auch wieder zurück auf das Verständnis und da haben die skandinavischen Länder bisher ein bisschen anderes Verständnis gehabt, dass sie gesagt haben, wir bekennen uns zu der etwas stärkeren Rolle des Staates, ein Wohlfahrtsstaat, der bestimmte Aufgaben selbst stellen muss. Also nicht nur den Rahmen ermöglichen, das ist ja die andere Diskussion zu sagen, der Staat muss nur garantieren, dass das Angebot da ist. Wer es macht, ist erstmal zweitrangig. Ob Bildung jetzt öffentlich gemacht wird, oder Gesundheit, oder privat angeboten wird, ist sozusagen nicht unsere Frage, aber wir müssen garantieren, dass es eben Bildungs- und Gesundheitsangebote gibt. Und die müssen bestimmten Standards entsprechen.

Wer es sich dann leisten kann und wer nicht, das ist dann erstmal die zweite Frage. Ich glaube, das sind diese verschiedenen Modelle und wir gehen eigentlich zunehmend von einem Wohlfahrtsstaat hin zu einem Wettbewerbsstaat, der sich im internationalen Wettbewerb befindet und da konkurrieren dann irgendwann alle mit allen. Also die Arbeitskraft, die Produktivität, genauso wie mit der sozialen Infrastruktur, das halte ich für

eine ganz schwierige Entwicklung und eigentlich müsste ja aus der Erfahrung der Freihandelsabkommen zum Beispiel jetzt, auch mal gesehen werden, auch wenn man's nicht vergleichen kann, EU und USA, sind eher zwei große Wirtschaftsnationen oder Wirtschaftsblöcke, die relativ gleich stark sind, trotzdem ist auch da die Frage, wer am Ende davon profitiert? Und wenn wir immer weitere Bereiche liberalisieren, wird es immer den Druck auf die Arbeitskosten auch setzen und Prekarisierung eher befördern und dann vor allem für Frauen.

Noch zu dem, was man machen kann. Erstmal bin ich immer dafür, zu sagen, dort wo Selbstorganisation der Frauen stattfindet, wie zum Beispiel in Mexiko, auch bei den Maquiladores in Kambodscha haben Frauen angefangen, sich zu wehren, es gibt in Pakistan eine Organisation, in Guatemala, also in vielen Ländern, in denen Frauen auch versuchen, sich zusammen zu schließen, also der Organisationsgrad ist natürlich generell gering. In Bangladesch geht man nur von einem Prozent von in Gewerkschaften organisierten Textilarbeiterinnen aus. Da kann man sich ja denken, das wird ja massiv verhindert, dass dort Gewerkschaften Fuß greifen können.

Dann bräuchte es eine Zusammenarbeit der Gewerkschaften, eine Stärkung, da gibt es teilweise von hier auch Initiativen, von ver.di und Anderen. Das ist ganz wichtig und dann brauchen wir natürlich gesetzliche Regelungen. Ganz klar, die Regierung hat es jetzt auch selbst gesagt, dass sie sich überlegen, ob es Unternehmensstrafrecht geben wird oder nicht. Das halte ich für überfällig. Ein Unternehmensstrafrecht, das es möglich macht, dass Unternehmen, die in anderen Ländern gegen die lokale Arbeitsnorm verstoßen, zu unwürdigen Bedingungen produzieren, die enorme Umweltkosten verursachen, dass die auch hier in Deutschland und Europa zur Verantwortung gezogen werden können. Das ist überfällig.

Da können wir denen, die das öffentlich fordern - das hat sogar der Entwicklungsminister Müller gemacht, der zwar mit seinem Gipfel dabei gescheitert ist, aber wenn er es ernst meint, umso besser - nur den Rücken stärken und das vehement einfordern.

Natürlich haben wir auch als Konsumentinnen eine Macht, aber diese Macht darf man auch nicht überschätzen und ich weigere mich mittlerweile immer mehr zu sagen: ja wir entscheiden. Wir sind am Ende der Kette und viele sind auch in ganz unterschiedlichen ökonomischen Situationen und dann zu sagen, „wir entscheiden das, wenn wir das kaufen sind wir verantwortlich“... Ich meine so funktionieren natürlich die Märkte nur bedingt und wie können wir auch im großen Umfang dieses Bewusstsein schaffen?

Es ist ja die aufwendigste Form der Arbeit jetzt zu Hunderttausenden Kampagnen zu machen, das passiert ja, aber eigentlich braucht es ein Gesetz und dann haben wir auch eine Sicherheit als Konsumentinnen, dass bestimmte Standards, die dann kontrolliert werden, vorhanden sind. Das ist ein zweiter großer Bereich, die Produktionsstandards.

Und interessant ist noch zum Schluss: es gab jetzt eine interessante Initiative bei dem UN-Menschenrechtsrat, eingebracht von Ländern des Südens, und vor allem unterstützt von 600 NGOs, Organisationen, die jetzt vor ein paar Monaten eine Arbeitsgruppe eingerichtet haben, eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zur Entwicklung verbindlicher Regeln für transnationale Unternehmen. Und diese Arbeitsgruppe, die versucht jetzt solche Regeln, die

wirklich verbindlich, also rechtlich verbindlich werden, international zu entwickeln und durchzusetzen. Interessant war, dass die Länder des Südens einschließlich China und Indien das unterstützt haben, Europa, die USA, Japan und Kanada waren dagegen. Ist auch interessant. Die haben versucht, diese Arbeitsgruppe beim UN-Menschenrechtsrat zu torpedieren. Gerade aus den Ländern, aus denen die meisten multinationalen Unternehmen kommen, beziehungsweise ihren Sitz haben.

Und das finde ich, spricht auch schon für sich, dass auch da die Diskussion zwischen dem, was man konkret machen könnte und dem, was man real umsetzt, manchmal sehr weit auseinander geht.

Diese neue Initiative wird jetzt erstmal tagen, so schnell wird das jedoch nicht gehen. Ich finde es nichtsdestotrotz eine wichtige Initiative, die angefangen wurde. Ich finde auch das Bild einer Frau wichtig, die mit erhobener Faust vor dem Menschenrechtsrat in Genf sitzt und sozusagen den Kampf ansagt, für ihre Rechte. Solche Initiativen brauchen wir, wir brauchen internationale Regeln. Wir können aber auch hier in Deutschland anfangen und versuchen, ein Unternehmensstrafrecht mit Vehemenz einzufordern. Danke!

I.J.: Ja, ich wollte jetzt noch ganz kurz, bevor ich für die Fragen von Ihnen allen öffne, nochmal schauen, ob es ganz konkrete Rückbezüge gibt.

M.P.: Ja ich hätte einen, wir hatten es ja von der Textilarbeiterinnen. Ich denke, dass hier die Leute, also 13 Millionen leben hier in Deutschland von Niedriglohn und an der Armutsgrenze, das sind ein Haufen, vor allem wenn man es vergleicht mit den offiziellen Arbeitslosenzahlen, die liegen ja bei 3 Millionen irgendwas, sogar darunter, aber ich frag mich immer, wie sie auf die Zahl kommen.

Die Leute, die von diesem Geld leben müssen, die können sich auch gar nichts anderes mehr leisten. Da beißt sich die Katze in den Schwanz. Da entsteht quasi auch der Bedarf nach so billigen Produkten und auch die Entsolidarisierung. Natürlich sagt jemand, der von 1000€ netto im Monat leben muss, ich kann mir halt nur ein T-Shirt für 5€ leisten. Und das ist ein Problem, wir müssten da erst einmal vor unserer eigenen Haustüre kehren und natürlich immer international, aber auch hier vor Ort solidarisch sein, eigentlich müssen wir bei uns selber anfangen.

Und wir hatten es ja vorhin davon, dass hier keine Schleckerfrau sitzt oder keine Reinigungskraft. Wir haben schon auch überlegt, ob es zum Beispiel eine Person gibt, aber die meisten, zumindest die im Reinigungsbereich, haben einfach Angst und die werden sich nicht auf ein Podium setzen. Das ist einfach so. Außerdem, wahrscheinlich sind jetzt auch wenige hier anwesend, die sind so fertig von ihrer Alltagsarbeit, die sagen, „Da will ich gar nichts mehr wissen. Ich hab die Schnauze voll, ich geh auch sonntags nicht mehr aus dem Haus, ich will da einfach meine Ruhe.“

Es gilt ja für die Menschen, und das geht wirklich quer über alle Branchen, im Einzelhandel, im Bau: wer richtig malochen muss für sein Geld, der macht abends nicht mehr Kultur. Mal abgesehen davon, dass man sich das heutzutage nicht mehr leisten kann und aus der Position heraus dann auch noch stark zu sein und sich zu organisieren, ist ganz schwierig.

Im Gegenteil, vieles zeigt ja, dass sich eigentlich die Stärkeren solidarisch zeigen müssen und für andere einsetzen. Weil nur aus dieser Stärke heraus hat man wirklich auch die Option, sich um diese, ich sag mal Luxusprobleme, zu kümmern oder sich auch für andere einzusetzen. Die Menschen, die wirklich von Niedriglöhnen betroffen sind, die haben keine Kapazitäten mehr außerhalb ihres Berufs. Und insofern kann ich nur appellieren, wenn es für Sie nur irgendwie möglich ist, dann setzen Sie sich ein, wo es nur geht.

Ich bin normalerweise gegen diese Stellvertretungsmentalität, aber ich weiß auch, dass es in der Realität schwierig ist, die Leute zu organisieren. Und dass sie einfach reell Ängste haben, weil das Arbeitsleben so flexibilisiert ist und weil es inzwischen so wenig Rechte gibt. Und die meisten sagen, ich bin froh, dass ich überhaupt eine Arbeit hab, egal zu welchen Konditionen. Aber ich denke das ist nicht das, was wir uns als Gesellschaft wünschen sollten. Es kann wirklich sein, dass wir selber mal davon betroffen sind. Das kann von heute auf morgen passieren. Und deswegen müssen wir das jetzt schon anfangen zu verändern, am besten schon gestern. Es ist einfach so: diese ganzen Gesetze werden durch politische Entscheidungen getroffen und es ist nicht so, dass es alternativlos für uns ist. Es gibt Alternativen. Sie müssen vielleicht finanziert werden, aber es ist so, dass auch das Geld da wäre. Wenn man wieder ein vernünftiges Steuerrecht hätte und auch wieder die Unternehmer Steuern zahlen würden. Ich meine es ist ja kein offenes Geheimnis, dass die größten Unternehmen am wenigsten zahlen und das ist einfach ungerecht.

I.J.: Herzlichen Dank für Ihre Beiträge!